Medienmitteilung der SP Baselland
Liestal, 17. Juni 2012

Abstimmungen vom 17. Juni 2012

Nein zum Entlastungs-Rahmengesetz – Nein zur bürgerlichen Finanzpolitik

Die Baselbieter Bevölkerung hat dem Entlastungs-Rahmengesetz mit einem deutlichen Mehr von 58.6% eine Abfuhr erteilt. Gescheitert ist eine bürgerliche Finanzpolitik, die frühere Steuersenkungen für einzelne nun durch einen Sanierungsrundschlag korrigieren wollte. Gescheitert ist auch die Strategie, dabei alles auf eine Karte zu setzen, statt dem Volk die Möglichkeit zur differenzierten Stellungnahme zu geben.

Das Volk hat klar erkannt, dass das Entlastungsrahmengesetz weder ausgewogen war noch im Namen einer Opfersymmetrie verteidigt werden konnte. Denn im Wesentlichen stellte es eine Steuererhöhung dar, die von kranken und alten Menschen zu leisten gewesen wäre. Wenn die Kampagne der Befürworter das Rahmengesetz als Verhinderung von Steuererhöhungen hinstellte, war das deshalb absurd. Wenn nun Regierungsrat Ballmer das Nein des Volkes als Verweigerung der Solidarität diskreditiert, ist das schlicht zynisch.
Gescheitert ist die Regierung auch damit, alles auf eine Karte zu setzen und ein Rahmengesetz zu machen. Das Volk will differenziert Stellung nehmen können. Dass es dann bereit ist, zu einschneidenden Massnahmen Hand zu bieten, zeigen die Ja-Mehrheiten zu den Vorlagen betreffend die Reorganisation der Gerichtsorganisation und der Bezirksschreibereien.

Eine Sanierung der Kantonsfinanzen ist nötig und viele Massnahmen werden bereits umgesetzt. Aber eine Sanierung darf nicht einseitig auf dem Buckel von Steuererhöhungen für die Kranken und Alten erfolgen oder zulasten der Bildungsqualität. Zur Sanierung müssen alle beitragen. Sollten dafür tatsächlich Steuererhöhungen nötig werden, dann müssen diese von allen gleichmässig gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit getragen werden. Vor allem aber dürfen die Vermögenssteuern nicht gesenkt werden und ausserdem braucht es die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Mit grosser Genugtuung nimmt die SP Baselland auch die Ergebnisse der nationalen Abstimmungen zur Kenntnis. Insbesondere beim Bausparen ist es nun allerhöchste Zeit, dass die Baselbieter Regierung endlich wieder gesetzes- und verfassungskonforme Verhältnisse schafft und der Privilegierung von Privilegierten ein Ende setzt. Auch damit kann ein Beitrag zur Sanierung der Kantonsfinanzen geleistet werden.

Weitere Auskünfte:
- Martin Rüegg, Präsident SP Baselland 079 357 69 27
- Kathrin Schweizer, Fraktionspräsidentin 076 233 51 11
- Ruedi Brassel, Sekretär SP Baselland 079 393 48 49

Sozialdemokratische Partei Baselland
Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal
Telefon 061 921 9171
Telefax 061 921 68 70
info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch